



## AUS DER REGION

### 50 000 besuchten Publica

**OSTERHOLZ-SCHARMBECK (RSC).** Die Regionalmesse Publica in Osterholz-Scharmbeck hat die Erwartungen der Organisatoren erfüllt. Wie es hieß, sei die Besucherzahl aus dem Vorjahr erreicht worden. Vor zwölf Monaten hatten rund 50 000 Menschen das „Schaufenster des Mittelstandes“ besucht.

### Mit Spielzeugwaffen gedroht

**VERDEN (FR).** Ein Strafverfahren wegen Nötigung und Bedrohung erwartet den 22-jährigen Fahrer eines Diepholzer Toyota und dessen gleichaltrigen Beifahrer. Die jungen Männer sollen am Sonnabend andere Verkehrsteilnehmer auf der A27 aus dem Auto heraus mit Spielzeugwaffen bedroht haben.

### Auch Worswede macht mit

**WORSWEDE (ERD).** „Aktiv im Alter“ lautet ein Modellprogramm des Bundesfamilienministeriums für 150 Kommunen, die einmalig 10 000 Euro erhalten. Auch die Gemeinde Worswede hat sich beworben. Sollte sie berücksichtigt werden, wird sich der Seniorenbeirat um die Aktivitäten kümmern.

### Ungetrübter Badespaß

**ACHIM (ALA).** Ungetrübten Badespaß haben Schwimmer in den vier offiziellen Badeseeen des Landkreises Verden. In Oyten, Osterstedt, Blender und Stedebergen ergaben Messungen, dass die Badeseeen kaum Bakterien enthalten. Die Ergebnisse lagen weit unter den zulässigen Grenzwerten.

### Wieder Waldbrand in Syke

**SYKE-BARRIEN (SEI).** Zu einem 400 Quadratmeter großen Waldbrand nahe der Barrier Sandkuhle ist die Barrier Feuerwehr am Wochenende gerufen worden. Weshalb das Feuer ausgebrochen ist, ist nach Angaben der Polizei noch unklar. Bereits am Freitag hatte der Wald in Barrier gebrannt.

### Lauter EM-Auftakt in Weyhe

**STUHR-WEYHE (HG).** Laute Feierlichkeiten zum Auftakt der Fußball-Europameisterschaft haben die Weyher Polizei am Wochenende in Atem gehalten. Vielfach rückten die Ordnungshüter aus, um für Ruhe zu sorgen. Es reichten aber stets Ermahnungen, so die Polizei.

### Drei Tage Party-Spaß

**DELMENHORST (KAP).** Heiße Tage und lange Nächte in Delmenhorsts guter Stube: Das Stadtfest hat abermals Tausende Besucher in die Innenstadt gelockt. Proppenvoll war es erst recht am Sonnabendabend als Neue-Deutsche-Welle-Star Markus seinen großen Auftritt hatte.

### Laufen für den guten Zweck

**BERNE (CP).** Seit genau dreißig Jahren gibt es den Berner Hungermarsch. Seitdem hat sich das Ereignis als feste Institution im sportlichen Jahreskalender etabliert. Die erlaufenden Spendengelder kommen Hilfsprojekten in der Dritten Welt zugute – dieses Mal in Indien und in Brasilien.

## KURZ GEFASST

**Ein 19-Jähriger** ist gestern Nachmittag bei einem Verkehrsunfall im Kreis Stade ums Leben gekommen. Wie die Polizei mitteilte, war der Mann in einer scharfen Kurve in der Nähe von Bargstedt vermutlich wegen überhöhter Geschwindigkeit nach rechts von der Straße abgekommen. Der Mann erlag noch an der Unfallstelle seinen schweren Verletzungen. (DPA)

**Der Deutsche Schülerzeitungspreis 2008** geht an die Schülerzeitung „Der Spargel“ vom Erich Kästner Gymnasium in Laatzen bei Hannover. Die Jury hob in ihrer Begründung unter anderem den fundierten Umgang mit dem Thema Lesben und Schwule im Schulleben hervor. (DPA)

**Zwei Jungen** im Alter von 12 und 15 Jahren haben gefüllte Tetrapaks von einer Brücke auf die Autobahn 39 zwischen den Anschlussstellen Salzgitter-Lichtenberg und Westerlinde geworfen. Einer der Getränkekartons verfehlte das Auto eines 46-Jährigen am Freitagabend nur knapp. (DDP)

## REDAKTION NIEDERSACHSEN

Telefon: 04 21-36 71 32 05  
Telefax: 04 21-36 71 10 28  
E-Mail: niedersachsen@btg.info



Spezialkräfte der Polizei durchsuchten gestern das „Clubhaus“ der Bremer „Hell's Angels“ in der Innenstadt und wurden fündig: Die sichergestellten Schusswaffen stammen aus einem Einbruch in ein Geschäft in Ostwestfalen. FOTO: FR

# Von der Party in den Knast

Großeinsatz der Polizei gegen „Hell's Angels“ / Rocker gelten als schwer bewaffnet

Von unseren Redakteurinnen  
Christine Kröger und Rose Gerds-Schiffel

**VERDEN-BREMEN-HANNOVER.** Es war ein streng geheim gehaltener Großeinsatz gegen kriminelle Rocker, den die Landeskriminalämter (LKA) Niedersachsen und Bremen gestern Mittag gestartet haben: Schwer bewaffnet fingen mehrere Sonder-Einsatzkommandos Mitglieder der Bremer „Hell's Angels“ ab und verhafteten sie.

Zeitgleich durchsuchten Spezialkräfte den „Angels' Place“ in Bremen, das „Clubhaus“ der hiesigen Rocker und Privatwohnungen. Sie fanden Waffen und Drogen. Das teilten am Abend Landeskriminalämter und Staatsanwaltschaft Verden mit.

Selbst als der Einsatz in der Bremer Innenstadt und auf einem Parkplatz an der A27 nördlich des Dreiecks Walsrode bereits lief, wussten viele Beamte in den Polizeibehörden nichts davon. Im Bremer Präsidium reagierte die Sprecherin ebenso überrascht wie ihr Amtskollege in LKA Hannover. Auch Lothar Zierke musste bis in den Abend auf Informationen der Einsatzleitung warten.

Gegen die sieben gestern festgenommenen Bremer „Hell's Angels“ und einen weiteren Mann aus Bremen hatte das Amtsge-

richt Verden Haftbefehle erlassen: Sie sollen 2006 in Stuhl sechs Mitglieder der verfeindeten Rockergang „Bandidos“ überfallen und zusammengeschlagen haben. Die Opfer waren schwer oder gar lebensgefährlich verletzt worden. Der Überfall galt als Teil des „Rockerkrieges“, den die beiden weltweit agierenden „Outlaw Motorcycle Gangs“ (OMG) „Hell's Angels“ und „Bandidos“ seit Jahren ausfechten.

Den hohen Aufwand an Personal und Waffen trieben die Behörden gestern nicht ohne Grund: National und international gelten die OMG als Banden der Organisierten Kriminalität. Und unter diesen Banden sind laut niedersächsischem LKA die Rockergangs die am schwersten bewaffneten.

In Niedersachsen und Bremen haben die „Hell's Angels“ ihre „Charter“ genannten Unterorganisationen in den Landeshauptstädten. Laut Polizei gehören in Hannover 50 Männer zum harten Kern, in Bremen zählen die Ermittler 30 bis 40 Mitglieder. Dazu kommen „Anwärter“ und Mitglieder der „Supporterclubs“ (Unterstützerclubs). Die „Bandidos“ haben Unterorganisationen in Osnabrück und in Oldenburg.

Die OMG reklamieren Gebietsansprüche für sich, erläutert LKA-Sprecher Zierke die

Hintergründe des „Rockerkrieges“: Wer im „Gebiet“ eines OMG einen „Motorradclub“ gründen will, soll sie erst um Erlaubnis fragen. Nach Zierkes Worten gehen die Gebietsansprüche oft einher mit wirtschaftlichen Interessen wie der Vormachtstellung an den Türen von Kneipen und Diskos sowie im Rotlichtmilieu.

In Hannover gilt Frank Hanebuth, der „Präsident“ des dortigen „Charter“ der „Hell's Angels“, längst als unumstrittener „Kiezkönig“. Am vergangenen Wochenende hatte er 1500 Rocker aus ganz Europa zu Gast. Die „Eurorun“ genannte Riesenparty geriet zur Edelsause. Für einen Teil der Bremer Gäste fand sie gestern ein unerwartetes Ende, als die Polizei sie auf dem Heimweg festnahm.

Für das Bremer „Charter West Side“ hat das LKA derzeit lediglich den „Verdacht“, dass „vereinzelte Lokalitäten“ von den „Hell's Angels“ kontrolliert werden. Bei einigen Gastronomiebetrieben dürfte hinter der Aussage mehr als ein Verdacht stehen, so ist der Inhaber einer kürzlich in Habenhausen eröffneten Großraumdiskothek Mitglied der „Hell's Angels“ Hannover. Und einige Bremer „Hell's Angels“ betreiben nach eigenen Angaben hier Bars und Bordelle.

# CDU zeigt ARD und ZDF Grenzen für Online-Auftritt

Bundesländer verhandeln über neuen Rundfunkstaatsvertrag / McAllister will keine gebührenfinanzierte Internet-Zeitung

In dieser Woche sollen die Weichen für einen neuen Rundfunkstaatsvertrag gestellt werden. Die niedersächsische CDU sorgt sich dabei um die privaten Zeitungsverlage. Mit CDU-Fraktionschef David McAllister sprach unser Korrespondent Peter Mlodoch.

**Frage: Herr McAllister, in Stuttgart treffen sich die Fraktionschefs der Union. Dabei wollen sie sich auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorknöpfen. Um was geht es?**

**David McAllister:** Von Vorknöpfen kann nicht die Rede sein. Wir beschäftigen uns auf unserer CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz unter anderem mit Medienpolitik. Es liegt eine Entschließung zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vor. Die modernen Informationstechnologien haben zu einer veränderten Mediennutzung geführt. Darauf müssen auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten reagieren dürfen.

**ARD und ZDF sowie die Hörfunksender streben verstärkt ins Internet. Ist das verwerflich?**

Selbstverständlich muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Angebote über alle möglichen Übertragungswege verbreiten können, um die größtmögliche Zahl von Zuschauern und Hörern erreichen zu können. Dazu gehört immer mehr auch das Internet. Es ist klar, dass die Öffentlich-Rechtlichen ihre Sendungen online stellen können. Allerdings muss es für die zusätzlichen Online-Angebote Grenzen geben.

**Welcher Art?**

Das Internet darf keine dritte eigenständige Säule des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden. Alle zusätzlichen Angebote dort müssen sendungsbezogen und sendungsbegleitend sein. Ein Beispiel: Der Zuschauer wird künftig den Tatort zeitgleich auch im Internet anschauen können. Daneben dürfen dort auch sendungsbegleitende Zusatzinformationen zum Beispiel über die Schau-

spieler im Internet stehen, zumindest für einen gewissen Zeitraum.

**Die Nachrichtensendungen wie Tagesschau und heute bieten aber bereits heute etliche Zusatzinformationen über das weltweite Geschehen online an. Wird das nicht immer mehr zur Konkurrenz für Zeitungen und Zeitschriften?**

Im Extremfall kann das zu einer gebührenfinanzierten Internet-Zeitung führen, was wir nicht wollen. ARD und ZDF dürfen nicht mit öffentlichen Geldern, nämlich den Rundfunkgebühren, private Zeitungen, Zeitschriften und Online-Angebote gefährden.

**Und wie wollen Sie das sicherstellen?**

Alle zusätzlichen Online-Aktivitäten der Öffentlich-Rechtlichen, die nicht sendungsbegleitend sind, müssen nach den Vorstellungen der EU-Kommission einen Drei-Stufen-Test bestehen. Erstens: Bietet das Angebot den Nutzern einen Mehrwert oder verdrängt es private Angebote? Zweitens: Trägt das Angebot in qualitativer Hinsicht zum publizistischen Wettbewerb bei? Drittens: Ist der finanzielle Aufwand für dieses Angebot angemessen? Dies müssen dann die Gremien der Anstalten mit Hilfe von Experten entscheiden.

**Gilt das auch für andere nichtredaktionelle Angebote?**

Werbung, Sponsoring, Partnervermittlung, Kleinanzeigen, kommerzielle Spiele, das alles gehört nicht zum Auftrag der öffentlich-rechtlichen Telemedien. Auch hier wollen wir keine gebührenfinanzierte Konkurrenz zu privaten Angeboten – weder in den Zeitungsverlagen noch im Internet.

**Wie kann denn Niedersachsen seine Forderungen durchsetzen?**

Die Länder formulieren den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und bestimmen damit auch die Kosten und letztlich die Gebührenhöhe. Wenn also der Auftrag ausgeweitet wird, steigen automatisch auch die



Der niedersächsische CDU-Fraktionschef David McAllister ist medienerfahren und wortgewandt. Seine Stimme entscheidet mit über den neuen Rundfunkstaatsvertrag. FOTO: DPA

Gebühren. Die Online-Aktivitäten dürfen nicht zu einer Gebührenerhöhung führen.

**CDU-Ministerpräsident Christian Wulff hat bereits im Landtag angekündigt, dem neuen Staatsvertrag nicht zustimmen zu wollen. Ist das auch Haltung der anderen CDU-Länder?**

Ich gehe davon aus, dass die anderen CDU-geführten Länder unsere niedersächsische Position teilen. Ministerpräsident Wulff

## Gänsegeier über Neuwerk

**NEUWERK-HAMBURG (DPA).** Ein riesiger Gänsegeier hat auf der Insel Neuwerk westlich von Cuxhaven für mächtig Aufruhr in den dortigen Seevogelkolonien gesorgt. Der Geier war auf der Flucht vor einer Gewitterfront über die Nordsee abgetrieben und auf der Insel „regelrecht vom Himmel gefallen“, berichtete der Biologe Stefan Pfützke. Inzwischen schwang sich der seltene Gast aus Südf Frankreich wieder in die Lüfte und verschwand in Richtung Festland.

In den Brutvogelkolonien herrschte helle Aufregung, wenn der Geier mit seiner mächtigen Flügelspannweite von gut 2,40 Metern die Insel überflog. Möwen und Seeschwalben attackierten den Fremdling heftig. Für die Brutvögel bestand aber keine Gefahr; Gänsegeier ernähren sich normalerweise nur von Aas, also toten Tieren.

Einer Übersicht der Ornithologen-Plattform Club300 zufolge war dies die erste Geiererscheinung in diesem Jahr in Deutschland. Die Geier verlassen nach Meinung von Biologen in jüngster Zeit wegen Futtermangels immer häufiger ihre südeuropäischen Brutgebiete. Eine EU-Verordnung verlangt die Beseitigung von Tierkadavern, so dass die Aasfresser zu wenig Nahrung finden.

## Keine Extra-Schule für Behinderte

**WILHELMSHAVEN (DPA).** Die Bundesbehördenbeauftragte Karin Evers-Meyer (SPD) hat für Kinder mit Behinderungen in Niedersachsen den Besuch von Allgemeinschulen gefordert. „Schon vor der Ratifikation der UN-Behindertenkonvention möchte ich, dass mein Bundesland beim gemeinsamen Schulbesuch behinderter mit nicht behinderten Kindern ein Zeichen setzt“, sagte sie gestern in Wilhelmshaven. Mit diesem Schritt könne Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) die anderen unionsregierten Länder zur Nachahmung animieren. „Kinder, die mit gehandicapten Altersgenossen aufwachsen, hegen keine Vorurteile gegen deren Leistungen und Fähigkeiten“, erklärte die Bundestagsabgeordnete.

## Seglerpaar aus Seenot gerettet

**BREMEN (DPA).** Ein Ehepaar aus Bremen ist gestern mit seiner Segeljacht rund 30 Kilometer vor Bremerhaven in der Nordsee gesunken, wurde aber von einem Seenotkreuzer gerettet. Beide seien unverletzt, teilte die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mit. Der 82-jährige Segler habe mit seinem 9,50-Meter-Schiff eine Fahrwassertonne gerammt und damit ein Leck im Rumpf verursacht. Der Mann sei von Bord seines sinkenden Schiffes aus dem 20 Grad kalten Wasser der Nordsee geborgen worden. Seine Frau war nach dem Unfall in eine Rettungsinself gestiegen. Die Seenotretter griffen sie auf und brachten sie an Bord des Kreuzers.